

28. März 2007
Presseaussendung Greenpeace

Umwelt/Klima/Verkehr/Regierung/Straße

Autobahn-Beschluss im Ministerrat Affront gegen Klimaschutz

Greenpeace verlangt Berechnung der CO2-Folgen des "Regionenrings"

Wien (OTS) - Abschätzungen von Greenpeace zeigen, dass der geplante Ausbau für das Autobahnnetz aufgrund des zu erwartenden "Neuverkehrs" zu einem Anstieg der verkehrsbedingten CO2-Emissionen um mehrere Millionen Tonnen führen wird. Allein der so genannte "Regionenring" um Wien könnte Österreichs Klimabilanz um zusätzliche 500.000 Tonnen CO2 belasten.

Berücksichtigt man die Verkehrsauswirkungen der neuen Autobahnen auf das niederrangige Straßennetz, fällt der Anstieg der klimaschädlichen Emissionen sogar noch höher aus. Greenpeace verlangt daher von der Bundesregierung, eine genaue Berechnung der CO2-Wirkungen des Infrastruktur-Pakets vorzunehmen und Alternativ-Varianten für die jeweiligen Verkehrskorridore zu prüfen. Von Umweltminister Pröll erwartet Greenpeace, dass er sich auf die Seite des Klimaschutzes stellt und im Ministerrat für eine Einbeziehung der Autobahnpläne in die Klimastrategie eintritt.

"Wir werten den heutigen Autobahn-Beschluss als einen Affront gegen Klimaschutz und Bürgerbeteiligung. Betoniersehnsüchte von Landes- und Kommunalpolitikern dürfen keinesfalls die übergeordneten Klimaschutz-Vorgaben aushebeln. Der vorliegende Plan ist umwelt- und verkehrspolitisch ein Desaster und als absoluter Fehlstart für Verkehrsminister Faymann zu bezeichnen", erklärt Greenpeace-Sprecher Jurrien Westerhof.

Besonders verärgert zeigt sich Greenpeace darüber, dass ausgerechnet am Tag der zweiten Sitzung des "Runden Tisches" zur Lobau die Errichtung der Lobau-Autobahn vom Ministerrat beschlossen werden soll. "Allen Teilnehmern am 'Runden Tisch' ist klar, dass die Errichtung von weiteren Autobahnen äußerst problematisch für Österreichs Klimabilanz ist. Daher wird Greenpeace beim heutigen 'Runden Tisch' eine Durchrechnung der Klimawirkungen der geplanten Autobahnen im Raum Wien verlangen", betont Westerhof. "Wir haben stets unterstrichen, für eine Scheinbeteiligung abseits der politischen Entscheidungen in Sachen Lobau-Planung nicht zur Verfügung zu stehen. Und so stellt sich uns die Frage, welchen Sinn der 'Runde Tisch' angesichts der heutigen Beschlüsse im Ministerrat überhaupt noch hat", so Westerhof.

Rückfragehinweis:

Matthias Schickhofer, Greenpeace CEE; Tel.: 0664-6126715
DI Jurrien Westerhof, Greenpeace CEE, Tel.: 0664-6126701

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0147

2007-03-28/11:45

281145 Mär 07